

# Hickhack um Kürzungen geht weiter

**JUGENDHILFE** Beschluss gegen die Sparmaßnahmen ist doch gültig

Von Bettina Biester

Harburg. Das Hickhack um die geplanten Sparmaßnahmen in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit in Höhe von 211 000 Euro geht weiter. Nachdem das Rechtsamt der Harburger Verwaltung den am 21. September in einer Sondersitzung des Jugendhilfeausschusses getroffenen Beschluss gegen die Kürzungen aufgrund von Verfahrensfehlern für rechtswidrig erklärt hatte, stellt nun Ralf-Die-

„Das Rechtsamt ist beratend tätig, aber nicht entscheidungsbefugt.“

**Ralf-Dieter Fischer**  
CDU-Fraktionsvorsitzender

ter Fischer für die CDU-Fraktion fest: „Das Rechtsamt ist beratend tätig, aber nicht entscheidungsbefugt. Damit ist der Beschluss gültig. Und die Sparmaßnahmen sind abgelehnt.“

Jetzt also doch? Bestätigen wollte das die Verwaltung

nicht. Von ihr heißt es nur: „Die rechtliche Würdigung durch das Rechtsamt hat ergeben, dass gegen die Geschäftsordnung des Jugendhilfeausschusses verstoßen wurde.“ Dafür bezog aber SPD-Fraktionschef Jürgen Heimath Stellung: „Das Rechtsamt ist natürlich keine entscheidende Instanz. Es hat nur ein Gutachten abgegeben.“ Dafür habe es aber eine herausgehobene Funktion, die über den Fraktionen stehe. „Die Meinung der CDU ist da nicht maßgeblich“, betont er. Für ihn stehe also weiterhin fest, dass es keinen Beschluss gebe. Und falls doch, werde seine Fraktion rechtliche Schritte einleiten.

Einen politischen Schritt hat die SPD derweil sogar schon eingeleitet: Gestern beantragte sie eine Sondersitzung des Jugendhilfeausschusses, die noch im Oktober stattfinden soll, um die Frist für eine Beantragung etwaiger Mittel aus dem Überbrückungsfonds einhalten zu können. Es wäre „schade“, wenn Harburg diese Mittel – 100 000 Euro – nicht bekäme, begründet Jan-Philipp Schucher (SPD) den Antrag.